



Entschließung der Vollversammlung der IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim am 25. März 2022 zum Ukraine-Krieg

„Frieden schaffen, Wirtschaft stabilisieren“

Die Auswirkungen der russischen Invasion auf die Menschen in der Ukraine machen uns betroffen. Unsere Sorge gilt dabei auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der regionalen Unternehmen, die mit eigenen Niederlassungen vor Ort tätig sind. Im Vordergrund aller Bemühungen müssen daher der möglichst rasche Stopp der Kampfhandlungen und ein stabiler Frieden stehen.

Die regionale Wirtschaft ist ökonomisch eng mit der Konfliktregion verbunden. Insgesamt sind in Russland 250, in der Ukraine 150 und in Belarus rund 80 regionale Unternehmen aktiv. Aufgrund des vergleichsweise hohen Engagements in der Gesamtregion hatte unsere IHK sich im Jahr 2016 in einer Entschließung kritisch zu den seit 2014 geltenden Sanktionen positioniert. Ein von unserer IHK gemeinsam mit anderen Partnern initiiertes ifo-Gutachten von Oktober 2020 belegte die hohen Kosten der bisherigen Russland-Sanktionen für die regionale Wirtschaft, eine aktuelle IHK-Blitzumfrage zudem deren geringe Wirksamkeit.

Mit den aktuellen Kriegshandlungen erreicht der Konflikt nun aber eine gänzlich andere Dimension. Die Kriegsführung durch Russland schafft eine neue Ausgangssituation und wird für Politik und Wirtschaft massive Folgen haben.

Mehr als die Hälfte der in Osteuropa sowie in Russland aktiven Unternehmen rechnet mit deutlichen Gesamtumsatzeinbrüchen, teilweise in einem existenzbedrohenden Umfang. Auch die indirekten Folgen wie Störungen in den Lieferketten und Preissteigerungen belasten die regionale Wirtschaft schon jetzt erheblich. Die Unsicherheiten werden weiter zunehmen. Infolgedessen erwarten wir auch Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft.

Der Krieg in der Ukraine hat auch die größte Flüchtlingsbewegung in Europa seit 1945 ausgelöst. Prioritär ist deshalb die humanitäre Versorgung der Menschen, im Schwerpunkt Frauen und Kinder. In diesem Zusammenhang wenden wir uns ganz entschieden - auch im Interesse des Betriebsfriedens - gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen mit Herkunft aus der Konfliktregion.

Vor diesem Hintergrund kommt unsere Vollversammlung zu folgenden Positionen:

Wirtschaftssanktionen

Die Schwere des Konflikts führt voraussichtlich zu einer weltweiten Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen. Zahlreiche Unternehmen aus dem IHK-Bezirk beenden aus vielfältigen Erwägungen die Wirtschaftsbeziehungen in der Konfliktregion sowie auch in Russland und Belarus insgesamt. Andere halten ihre Wirtschaftsbeziehungen – ebenfalls gut begründet – bewusst aufrecht. Unsere Vollversammlung respektiert jede dieser individuellen Unternehmensentscheidungen. Unabhängig von diesen Entscheidungen sind Enteignungsdrohungen von russischer Seite völlig inakzeptabel.

Die Politik hat in mehreren Schritten tiefgreifende Wirtschaftssanktionen gegen Russland beschlossen. Deren Ziel ist, die russische Aggression zu stoppen. Allerdings zeigen bisherige Erfahrungen, dass die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen bei der Durchsetzung politischer Ziele begrenzt ist. Ganz offenkundig schaden sie auch den am

Konflikt nicht beteiligten Betrieben und deren Belegschaften in unserer Region spürbar. Bei der Konfliktlösung müssen deshalb diplomatische Bemühungen im Vordergrund stehen. Eine Sanktionsspirale hätte für weite Teile der Weltwirtschaft weitreichende, negative Folgen. Dennoch steht die regionale Wirtschaft hinter den aktuell von der Politik beschlossenen Sanktionen.

Energie und Rohstoffe

Der Krieg in der Ukraine hat zu einem sprunghaften Anstieg der ohnehin schon hohen Öl-, Gas-, Strom- und Kraftstoffpreise geführt. Dadurch werden unter anderem die internationalen Lieferketten gravierend gestört, da Unternehmen nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren oder liefern können.

Die Bundesregierung hat darauf bereits mit ersten Entlastungsschritten reagiert. So möchte sie etwa die EEG-Umlage vorzeitig abschaffen. Aktuell ist ein weiteres Maßnahmenpaket zum Umgang mit den hohen Energiekosten beschlossen worden. Allerdings reicht dies alles noch nicht aus. So sind die Energiepreise für deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich weiterhin nicht wettbewerbsfähig, weitere Entlastungen bei staatlichen Preisbestandteilen deshalb notwendig. In dem Sinne unterstützen wir die DIHK-Resolution zu Sofortmaßnahmen gegen hohe Strom- und Energiepreise vom 23. März 2022.

Ein Kohle-, Öl- oder Gas-Embargo gegenüber Russland würde – für jeden Energieträger je unterschiedlich – die aktuell bereits schwierige Situation nochmals dramatisch verschärfen. Insbesondere auf zuverlässige Gaslieferungen bleibt die deutsche Industrie mittelfristig angewiesen. Ein entsprechendes Embargo ist deshalb dringend zu vermeiden. Parallel muss die Bundesregierung alternative Bezugsquellen für die genannten Energieträger erschließen. Zur technischen Realisierung sind der Bau von neuen LNG-Terminals unter beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren und der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien inkl. Netzausbau vordringlich. Auch den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gilt es zu beschleunigen und die Investitionen in Energieeffizienz zu erhöhen. Dem Aspekt der Versorgungssicherheit muss in der Energiepolitik wieder größere Bedeutung zukommen. Heimische Energieträger müssen länger und intensiver genutzt werden.

Auch bei den anderen Rohstoffen – etwa Nickel, Palladium oder Erzen – sind im In- und Ausland neue Bezugsquellen für die deutschen Unternehmen zu erschließen. Hier sollten Wirtschaft und Politik gemeinsam nach neuen Wegen suchen.

Arbeitsmarkt, Fachkräfte und Zuwanderung

Der Arbeitsmarkt wird durch den Krieg in der Ukraine gleich zweifach belastet: Zum einen verschärft sich der Fachkräftemangel in einzelnen Branchen. Ein Beispiel: Europaweit fehlen etwa 100.000 ukrainische LKW-Fahrer. Vor diesem Hintergrund sollten die Anwerbung ausländischer Fachkräfte erleichtert sowie die Verfahren zur Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beschleunigt werden. Zum anderen droht angesichts der zunehmenden Produktionsprobleme zahlreicher Betriebe eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Insofern ist die Verlängerung der aktuell geltenden Kurzarbeitergeldregelungen bis mindestens zum Jahresende 2022 wichtig.

Für den Arbeitsmarkt bieten sich durch die Zuwanderung allerdings auch neue Möglichkeiten. Die Integrationschancen der ukrainischen Flüchtlinge sind aufgrund des dort hohen durchschnittlichen Bildungsniveaus günstig. Daher sollten bereits frühzeitig die Arbeitsmarktperspektiven der erwerbsfähigen Flüchtlinge ausgelotet werden. Sofern diese bei uns bleiben wollen, sind zusätzliche Sprach- und Arbeitsmarktprogramme wichtig. Die IHK-Organisation unterstützt die Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüssen im Rahmen der IHK-FOSA (Foreign Skills Approval).

Bereits beim Zustrom von Flüchtlingen im Jahr 2015 haben viele Unternehmen soziale Verantwortung übernommen. Auch in der aktuellen Situation ist die regionale Wirtschaft wieder bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.

Hilfen für betroffene Unternehmen

Die Entscheidungen der Politik belasten unter anderem auch die Wirtschaft. Deshalb ist es auch eine Aufgabe der Politik, die von Wirtschaftssanktionen betroffenen Unternehmen für die wirtschaftlichen Schäden durch die Sanktionen zu kompensieren. Dies ist insbesondere dann wichtig, wenn die Unternehmen durch die Folgen der Sanktionen in ihrem Bestand gefährdet sind.

Osnabrück, 25. März 2022